



Alberto **Acosta** · Elmar **Altvater** · Maude **Barlow**
Ulrich **Brand** · Jayati **Ghosh** · David **Harvey**
Tim **Jackson** · Naomi **Klein** · Serge **Latouche**
Vandana **Shiva** · Harald **Welzer** · u.v.a.

Mehr auf www.blätter.de

336 Seiten · 18 Euro · ISBN 978-3980492591

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift
60. Jahrgang
Heft 12/2015

Herausgeberkreis

Katajun Amirpur · Seyla Benhabib
Norman Birnbaum · Peter Bofinger
Ulrich Brand · Micha Brumlik
Dan Diner · Jürgen Habermas
Detlef Henschel · Rudolf Hickel
Claus Leggewie · Ingeborg Maus
Klaus Naumann · Jens Reich
Rainer Rilling · Irene Runge
Saskia Sassen · Karen Schönwälder
Friedrich Schorlemmer · Gerhard Stuby
Hans-Jürgen Urban · Rosemarie Will

Begründet von

Hermann Etzel · Paul Neuhöffer
und Karl Graf von Westphalen
Weitergeführt von
Karl D. Bredthauer

Verlag

Blätter Verlagsgesellschaft mbH
Berlin

INHALT 12'15

REDAKTION

Anne Britt Arps
Daniel Leisegang
Albrecht von Lucke
Annett Mängel
Steffen Vogel

BESTELLSERVICE

Tel: 030/3088-3644
E-Mail: abo@blaetter.de

ANZEIGEN

Tel: 030/3088-3646
E-Mail: anzeigen@blaetter.de

WEBSITE

www.blaetter.de

KOMMENTARE UND BERICHTE

- 5 **Freitag der Dreizehnte:
Die Welt im Krieg?**
Albrecht von Lucke
- 9 **Paris 2015:
Die Schicksalskonferenz**
Benjamin von Brackel und
Christian Mihatsch
- 13 **Flüchtlinge
nach Ostdeutschland?**
Frank Eckardt
- 17 **Erdogan: Mit Terror
zur Allmacht**
Jürgen Gottschlich
- 21 **Israel: Im Zangengriff
der Angst**
Tsafrir Cohen
- 25 **Trudeau zum Zweiten:
Kanada vor dem Wandel**
Oliver Schmidtke
- 29 **Glyphosat: Unser täglich Gift**
Heike Moldenhauer
- 33 **Sexarbeit:
Der verfehlt Schutz**
Ulrike Lembke

DEBATTE

- 37 **Zivilgesellschaft
statt Sozialismus**
Reinhard Blomert

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

- 45 **Klima und Krieg**
Der Pariser Gipfel als Friedenskonferenz
Michael T. Klare
- 51 **Syrien: Das mörderische Patt**
Patrick Cockburn
- 59 **Offenheit statt Abschließung**
Ein Plädoyer für Europas
großen Anspruch
Thomas Schmid
- 69 **Der totale Homo oeconomicus**
Wie der Neoliberalismus
den Souverän abschafft
Wendy Brown
- 83 **Vom Glück zum BIP –
und die Alternative des guten Lebens**
Serge Latouche
- 98 **Charter Cities**
Honduras als Experimentierfeld
neoliberaler Utopien
Carsten Lenz und Nicole Ruchlak

KOLUMNE

- 41 **Kaczyński total:
Polen nach der Wahl**
Sławomir Sierakowski

BUCH DES MONATS

- 105 **Pluralismus
unter Beschuss**
Hanno Pahl

REGISTER 2015

- I Verzeichnis der
Autorinnen und
Autoren 2015
VII Sachregister 2015

EXTRAS

- 43 Kurzgefasst
108 Dokumente
109 Chronik des Monats
Oktober 2015
112 Zurückgeblättert
und Impressum
128 Autoren

ten erkennt man den Grundkonflikt. Die ärmsten und am stärksten vom Klimawandel betroffenen Staaten forderten in Bonn die Industrieländer auf, sich zu einem Mechanismus für die Kompensation zu bekennen und ihn in einem Paris-Abkommen zu verankern. Die Industriestaaten fürchten sich hingegen vor einem Fass ohne Boden, wenn der Klimawandel sich weiter verstärkt – und wollen das Thema aus einem Abkommen heraushalten. Beide Optionen stehen sich nun im Vertragsentwurf diametral gegenüber.

Auf dem Ministertreffen Anfang November rückten die USA zwar von ihrer totalen Blockadehaltung ab und zeigten sich offener, das Thema im Vertrag zu berücksichtigen, allerdings mit dem Hinweis darauf, dass eine echte Haftung für Klimaschäden für sie in keiner Weise in Frage käme.

Ein weiterer zentraler Konfliktpunkt ist die Frage, ob sich die Welt das Ziel setzen soll, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf zwei Grad zu begrenzen, wie es die Industrieländer wollen, oder auf 1,5 Grad, wie es die kleinen Inselstaaten und die Organisation Afrikanischer Staaten fordern. Der Grund dafür: Eine Erwärmung von zwei Grad würde für viele kleine Inselstaaten schon den Untergang bedeuten. Faktisch laufen wir jedoch bereits auf eine Erwärmung um drei Grad zu.

Unklar ist auch, wie oft die Länder neue Klimaschutzpläne vorlegen sollen und wie deren Einhaltung überwacht wird. In Paris haben sich die Minister nun – immerhin – darauf geeinigt, dass die Länder alle fünf Jahre einen neuen Klimaschutzplan vorlegen müssen, der anschließend auf seine Einhaltung überprüft wird. Keine Einigung besteht allerdings darüber, ob auch die schon vorliegenden Klimapläne noch vor 2020 beleuchtet werden sollen. „Das wäre eine wichtige Voraussetzung, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen“, sagt Jan Kowalzig von der Umweltorganisation Oxfam, „möglicherweise wird das aber erst in

der letzten Nacht der Klimakonferenz entschieden.“ Gedrückt haben sich die Minister auch um ein Langfristziel für die Senkung der Treibhausgase – also für die Zeit nach 2030.

Soll die Welt bis zur Mitte des Jahrhunderts überhaupt kein Kohlendioxid mehr produzieren dürfen? Dagegen sträuben sich Kohleländer wie Südafrika. Soll sie Kohlendioxid produzieren dürfen, aber nur noch klimaneutral, das heißt in Verbindung etwa mit der Abscheidung des Klimagases unter die Erde? Oder soll die Wirtschaft nur „kohlenstoffarm“ werden? Auch weil die Frage noch nicht geklärt ist, wer welche Last übernehmen soll, ist hier noch keine Lösung absehbar.

Die gute Nachricht bei alledem: In Paris muss nicht jede Streitfrage vollends und abschließend geklärt werden. Wichtiger wird sein, dass die Eckpunkte stehen, um die dann auf den folgenden Klimakonferenzen weiter auszuarbeiten. Worauf es ankommt, ist ein rechtlich verbindliches Abkommen mit Klimazielen, die regelmäßig überprüft und in Details neu justiert werden. Würde man dagegen alle drei, vier Jahre an zentralen Punkten nachverhandeln, nähme dies den einzelnen Staaten und Investoren die erforderliche Sicherheit für ihre Planungen. Womöglich bliebe dann der Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft gänzlich aus.

Dass „Paris eine Dynamik erzeugt, die eine Nachbesserung der Ziele erlaubt“, ist daher für einen Umweltaktivisten wie Christoph Bals der eigentliche Lackmustest für ein erfolgreiches Abkommen. Ob Paris ein Erfolg war, werde man nicht dann schon erkennen, wenn Laurent Fabius am Ende den Hammer hinabsausen lässt, sondern erst, wenn das Weltwirtschaftsforum und die G20 im Jahr darauf tagen, wenn China seinen neuen Fünfjahresplan und Deutschland vielleicht einen Kohleausstieg beschließt – und alle dabei den Grundstein legen für ein Ende des fossilen Zeitalters.

Frank Eckardt

Flüchtlinge nach Ostdeutschland?

Angesichts wachsender Flüchtlingszahlen wird derzeit eine Frage besonders intensiv diskutiert: Wo sollen die Menschen wohnen, sobald sie – möglichst früher als später – die zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen verlassen haben, insbesondere jetzt, wo der Winter naht?

Fest steht: Wohnraum ist derzeit knapp, und die Mieten steigen vielerorts – vor allem in Großstädten. Stadtplaner und -soziologen fordern daher schon lange eine Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus.¹ Gleichzeitig leiden vor allem ostdeutsche Orte seit zwei Jahrzehnten unter massiver Abwanderung.

Rechnerisch stehen in der ganzen Bundesrepublik Wohnungen leer, vor allem aber in den wirtschaftlich schwächeren Regionen: So geht das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung für das Jahr 2014 von einem Leerstand von rund 1,7 Mio. Wohnungen aus, was 4,3 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes entspricht.² An gleicher Stelle lässt sich aber auch nachlesen, dass dieser Leerstand mitnichten gleich über die Regionen verteilt ist. Die innerdeutsche Mobilität zu den „Knappheitsstädten“ hält unvermindert an und die Verknappung von bezahlbarem und qualitativ hochwertigem Wohnraum ebenfalls. Leerstand, auf einen Begriff gebracht, ist in weniger attraktiven Städten oder Stadtteilen und bei geringerer Wohnqualität

aufzufinden. Deshalb werden auch zukünftig die hohe Mobilität und der demographische Wandel weiter zu Leerständen und auch Wohnungsrückbau führen.

Insbesondere Politiker aus westlichen Bundesländern hoffen nun zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Sie fordern, große Flüchtlingsgruppen in schrumpfenden ostdeutschen Gemeinden anzusiedeln. Diese Forderung stellt jedoch eine immense Herausforderung dar: Denn wer sich von Flüchtlingen einen Beitrag für die deutsche Gesellschaft – insbesondere vor Ort in den jeweiligen Städten und Gemeinden – wünscht, muss die existenzielle Ausgangslage dieser Menschen berücksichtigen und sich auch mit deren emotionaler Zerrissenheit beschäftigen. Gleichzeitig reagiert die eingessene Bevölkerung oftmals abwehrend bis feindselig.³

Die Interessen der Flüchtlinge

Wie schwierig die Umsetzung der auf den ersten Blick einleuchtenden Idee einer Umsiedlung nach Ostdeutschland sein wird, zeigen bereits die Voraussetzungen, die die aktuelle Debatte – meist unausgesprochen – bestimmen.

So handelt es sich bei Flüchtlingen nicht immer um Migranten, die hier dauerhaft leben wollen. Die oftmals synonyme Verwendung der Begriffe Einwanderer und Flüchtling verwischt

¹ Vgl. Dieter Rink, Barbara Schönic, Daniel Gardemin und Andrej Holm, Städte unter Druck. Die Rückkehr der Wohnungsfrage, in: „Blätter“, 6/2015, 69-79.

² Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Aktuelle und zukünftige Entwicklung von Wohnungsleerständen in den Teilräumen Deutschlands, Bonn 2014.

³ Nach den Übergriffen und Protesten in kleinen ostdeutschen Städten forderten daher auch viele engagierte Helfer, dass die Flüchtlinge geschützt werden müssten und nicht mehr in solchen entlegenen Gebieten untergebracht werden dürfen.

diesen Unterschied in eklatanter Weise. Aus Flüchtlingen können Migranten werden, aber dazu gehören auch Faktoren, die mit der Heimatsituation zu tun haben und auf die die lokale „Willkommenskultur“ nur wenig Einfluss hat: Neben die Traumata des Krieges und der Flucht tritt die Sorge um die zurückgebliebenen Familienmitglieder sowie die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr. All das ergibt eine ambivalentere Motivationslage, als dies für die Gastarbeiter und Einwanderer in der frühen Bundesrepublik der Fall war und ist.

Hinzu kommt, dass in der aktuellen Debatte um die Ansiedlung von Flüchtlingen über die persönliche Perspektive der Flüchtlinge hinweggegangen wird. Tatsächlich siedeln sich viele Flüchtlinge, sobald sie aufenthalts-

rechtlich dazu berechtigt sind, in den großen Ballungsräumen im Westen an. Sie folgen damit im Prinzip der Logik der gesamtdeutschen Wirtschaftsgeographie. Dabei handelt es sich jedoch nicht unbedingt um die Wachstumsregionen, in denen sie tatsächlich schnell Arbeit finden könnten. So haben viele Flüchtlinge beispielsweise Thüringen verlassen, um bei der Familie in Nordrhein-Westfalen zu leben, obwohl die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet doppelt so hoch ist wie in vielen Regionen Thüringens. Für sie bietet selbst die ferne Verwandtschaft soziale und emotionale Unterstützung, die auch sehr engagierte Fremde nicht erbringen können.⁴

Nur mit Offenheit gelingt die Aufnahme

Wenn man Flüchtlinge nicht als Verschiebemasse instrumentalisieren will, wird man insgesamt keine großangelegten Landverschickungen betreiben können. Doch wenn ostdeutsche Kleinstädte ihr weiteres Schrumpfen mit Hilfe der Flüchtlinge verhindern wollen und sollen, müssen sie für diese attraktiv sein – und sollten in erster Linie an Familien denken. Denn die Sorge um eine gute Ausbildung und Zukunft der Kinder kann Flüchtlinge motivieren, an einem Ort zu bleiben, der sie ansonsten isoliert. So gibt es bereits Kommunen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, in denen durch die Aufnahme von Flüchtlingskindern die Schließung von Schulen verhindert werden konnte.⁵

Nur wenn es gelingt, solche Win-win-Situationen zu schaffen, kann

man mit Flüchtlingen alternde und schrumpfende Orte vor dem Aussterben bewahren. Das größte Hindernis dafür dürfte jedoch die offenkundige Ablehnung durch die eingesessenen, meist deutschen Bewohner sein. Eine Chance haben daher nur Orte, in denen sich die politisch Verantwortlichen eindeutig positionieren und ein Umfeld für verlässliche soziale Kontakte der Flüchtlinge geschaffen wird.

Ein solches grundlegendes Vertrauen zumindest zu einigen „Ankerpersonen“ muss jedoch wachsen und braucht Zeit: Um über die eigenen Erfahrungen der Flucht und die aktuelle Sorge um die zurückgebliebene Familie erzählen zu können, ist eine gewisse Empathie auf Seiten der Bürger vor Ort erforderlich. Diese muss über den physischen Schutz – etwa vor Angriffen von Rechtsextremen – hinausgehen. Die Frage, ob man trotz der rassistischen Bedrohungen Flüchtlinge vor Ort aufnimmt, hängt von der Offenheit derjenigen ab, die an sich solche Ressentiments ablehnen. Ein bloß deklamatorisches oder Pro-forma-Engagement gegen rechts kann dies weder ersetzen noch hinreichend sein. Es sind oftmals – meist junge – Menschen, die bereits interkulturelle Erfahrungen gesammelt haben, die die notwendige emotionale Nähe für die Flüchtlinge herstellen können. Ob es sie gibt oder nicht, macht vor Ort den Unterschied aus. Den öffentlichen Raum im Sinne eines liberalen und „bunten“ Verständnisses zu gestalten, ist Anfangspunkt und Indikator zugleich, wie sehr eine Willkommenskultur de facto auch gelebt und nicht nur – etwa aus strategischen Gründen – behauptet wird.

Gelingt dies, können Flüchtlinge einer Stadt neuen Schwung verleihen: So hat in Mühlhausen eine türkisch-syrische Familie einen Dönerbetrieb aufgebaut, der mittlerweile 13 Mitarbeiter hat. Die Eröffnung weiterer Imbisse und damit eine Belebung des Stadtbildes scheitern nur noch an einem benötigten Kredit. Bisher hat die

Familie ihr unternehmerisches Tun mit familiärem Kapital aus der Türkei finanziert.

Dieser Raum für eigenes Handeln dürfte für die meisten Flüchtlinge ein guter Grund sein, um in der Peripherie ein Zuhause zu finden. Seit dem Beginn unserer Untersuchung treffen wir immer wieder Migranten, die beispielsweise eine Autowerkstatt eröffnen oder einen Handwerksladen übernehmen möchten. Zugleich stirbt das deutsche Handwerk einen leisen Tod, weil es ostdeutschen Familienbetrieben an Nachfolgern fehlt. Die große Frage lautet daher: Wie bringt man beide Seiten zusammen?

Ohne einschneidende Veränderungen geht es nicht

Möglich wird dies mit einem notwendigen Perspektivwechsel: Um mit Flüchtlingen zusammenzuleben und gemeinsam die Stadt neu zu gestalten, muss der Blick auf die Fähigkeiten gerichtet werden, die diese Menschen mitbringen. Davon sind wir bislang jedoch leider weit entfernt: So bekommt beispielsweise der syrische Neurologe in Meiningen eine Stelle als 450-Euro-Putzkraft, obwohl sich in seinem Stadtteil kein Nachfolger für den pensionierten Hausarzt finden lässt.

Damit die Städte Flüchtlingen eine dauerhafte Perspektive bieten können, müssen die lokal Verantwortlichen Experimente eingehen und Neues ausprobieren. Hier aber liegt eines der grundlegenden Probleme der Stadtgesellschaften in den ostdeutschen Randgebieten: Zumeist haben aktive und kreative Menschen die Orte bereits verlassen, weil ihnen die Arbeits- und Perspektivlosigkeit keine Alternative ließ. Wer geblieben ist, steht Veränderungen in seinem Leben und seiner Umgebung meist widerwillig gegenüber. Gerade dies führt beim Aufeinandertreffen von Einheimischen und Flüchtlingen mitunter zu Normen-

Anzeige



Alberto Acosta · Elmar Altvater · Maude Barlow
Ulrich Brand · Jayati Ghosh · David Harvey
Tim Jackson · Naomi Klein · Serge Latouche
Vandana Shiva · Harald Welzer · u.v.a.

Mehr auf www.blaetter.de

336 Seiten · 18 Euro · ISBN 978-3980492591

⁴ Das ergaben Befragungen von Flüchtlingen im Rahmen des Forschungsprojekts „Willkommensstädte“ an der Bauhaus-Universität Weimar, www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/professuren/stadtforschung/willkommensstaedte.

⁵ Vgl. Heike Klovert, Flüchtlinge retten Grundschule: Syrische Kinder für Golzow, www.spiegel.de, 10.9.2015.

konflikten: Klassische Themen sind die Mülltrennung, die Hausordnung oder der Lärmschutz. Schon die Anfrage, die vorhandenen Normen zu reflektieren und den Neuankömmlingen zu begründen, wird als Störung der bestehenden Ordnung erfahren. Im schlimmsten Fall wird der Normenkonflikt symbolisch aufgewertet und die Kommunikation komplett verweigert – gern mit dem Argument: „Das war hier schon immer so!“⁶

An Orten mit festgefahrebenen Normenordnungen stören die Flüchtlinge bereits durch ihre schiere Anwesenheit den Alltag – was bis zur gewaltsamen Selbstjustiz der Anwohner führen kann. Derlei Konflikte resultieren jedoch nicht ursächlich aus der Begegnung zwischen Flüchtlingen und Einheimischen, sondern sind oftmals Produkt der Sprachlosigkeit und Kommunikationsunfähigkeit, die schon vor der Ankunft der Flüchtlinge herrschten.

Dort hingegen, wo die Akteure bereits gut zusammenarbeiten, treffen die Flüchtlinge auf die größte Akzeptanz: Beispielsweise wurden in Thüringen vielerorts Runde Tische und Arbeitskreise eingerichtet, um die Flüchtlingsaufnahme ämterübergreifend und gesamtstädtisch zu organisieren. Diese politischen Innovationen sind aber nur dort erfolgreich, wo es bereits zuvor Verantwortliche gab, die über eine eng gefasste Aufgabenbeschreibung hinausgingen, und wo eine lokale Kommunikationskultur vorherrscht, die nicht von anderen Konflikten durchdrungen ist.

Flüchtlinge kommen also entsprechend in Kommunen an, in denen entweder schon ein gewisser Konsens vorliegt, oder aber sie stechen in ein Wespennest. So haben einige thüringische Städte ein breites Bündnis gegen rechts gebildet, während in anderen Kleinstädten durch die Flüchtlingsauf-

nahme der vermeintlich herrschende Konsens über das Zusammenleben in der Stadt erstmals brüchig wurde und wesentlich tiefergehende Konflikte sichtbar werden.

Die Flüchtlinge allein richten es nicht

Das alles macht deutlich: Will man tatsächlich einen städtebaulichen Paradigmenwechsel in Ostdeutschland einläuten, kann dies nicht ohne begleitende überregionale Maßnahmen gehen. Dass sich ostdeutsche Kommunen wie Münchenhausen am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen werden, ist eine naive Vorstellung. Vielmehr muss man in Größenordnungen wie beim Programm „Stadtumbau Ost“ denken: Damit wurde der Abriss von fast einer Million leer stehender Wohnungen mit Milliardenhilfe des Bundes realisiert. Der „Stadtumbau Ost“ war auf eine Dekade angelegt und zeigte erst viel später die erhoffte (wohnungswirtschaftliche) Wirkung. Wer also in Ostdeutschland Flüchtlinge ansiedeln will, braucht einen langen Atem.

Für die akute Situation mag das wenig tröstlich klingen. Dennoch gibt es zu der kontinuierlichen Öffnung der Städte in den abgelegenen Regionen keine Alternative, wollen sie sich nicht selbst aufgeben. Dafür müssen nicht zuletzt die interkulturellen Kompetenzen und eine demokratische Kultur vor Ort gestärkt werden. Wesentlich dafür ist die Schaffung von Freiräumen für all jene, die unterschiedliche Lebensstile ausprobieren möchten: Wer Flüchtlinge im Osten halten will, muss die freistehenden Gebäude und die leeren Landschaften auch als Chance verstehen, kreative Lösungen für das Zusammenleben zu suchen, alte Konfliktlinien zu überwinden und eine neue Übereinkunft für ein gutes Leben in der eigenen Stadt zu finden. Andernfalls ist weder den Flüchtlingen noch den ostdeutschen Gemeinden geholfen.

⁶ Frank Eckardt and Franziska Werner, *Welcoming cities. Small East-German cities and the Arrival of Refugees*, Paper for the 12th IMISCOE conference, 25-27.6.2015, Genf.

Jürgen Gottschlich

Erdogan: Mit Terror zur Allmacht

Der 1. November 2015 wird als eine fatale Zäsur in die Geschichte der Türkei eingehen. Dieser Wahlsonntag entschied auf einen Schlag einen gesellschaftlichen Kampf, der im Juni 2013 begonnen hatte und bis Ende Oktober 2015 andauerte. Dabei ging es um die zentrale politische Ausrichtung des Landes – entweder in Richtung einer eher säkularen Demokratie, die sich am Westen orientiert, oder in Richtung einer stark islamisch grundierten, autoritär-patriarchalischen Herrschaft, die sich im besten Falle noch formal um eine demokratische Fassade bemüht und sich außenpolitisch nach Osten orientiert. Dieser Grundkonflikt bestimmt die türkische Gesellschaft seit Jahrzehnten, erreichte in den letzten zweieinhalb Jahren aber einen neuen Höhepunkt.

Im Juni 2013 begann ein Aufstand, der sich gegen die autokratisch-islamische Entwicklung richtete, die Präsident Recep Tayyip Erdogan und seine AKP (Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt) immer stärker repräsentierten. Dieser demokratische Aufbruch endete – zumindest vorläufig, wenn auch auf unabsehbare Zeit – mit dem Wahlsieg der AKP am 1. November. Mit diesem Sieg ist der Versuch, Erdogans Griff nach der absoluten Macht zu verhindern, gescheitert. Mit 50 Prozent der Wähler im Rücken kann Erdogan nun alle Widerstände beseitigen, die dem Umbau der Türkei in einen islamischen autoritären Staat noch entgegenstehen.

Auf die türkische Opposition kommen nun schwere Zeiten zu. Gescheitert sind alle Versuche, diese autoritäre Entwicklung doch noch zu verhindern. Der finale Versuch begann im

Sommer 2013 mit dem Gezi-Aufstand. Gezi-Aufstand deshalb, weil er sich an einem lokalen Konflikt rund um den Gezi-Park im Zentrum Istanbuls entzündete, den der damalige Ministerpräsident Erdogan mit einem historisierten Fake einer Kavalleriekaserne bebauen lassen wollte, in dessen Mauern statt Soldaten und Pferden ein großes Einkaufszentrum untergebracht werden sollte.

Der Gezi-Aufstand bündelte wie unter einem Brennglas den Grundkonflikt der AKP-Herrschaft wie die Spaltung der Türkei: Auf der einen Seite steht eine islamisch normierte Gesellschaft unter patriarchalischer Vorherrschaft der AKP-Elite, auf der anderen eine bunte Gesellschaft von Individuen, die emphatisch für Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie kämpfen, aber keine politische Partei wirklich hinter sich haben.

Die Herrschaft der AKP hatte bis zu diesem Zeitpunkt bereits verschiedene Phasen durchlaufen. Nach ihrem ersten Wahlsieg, in der Legislaturperiode von 2003 bis 2007, sah sich die neue Regierung als ständig bedrohtes Projekt durch die „alten Eliten“ des säkularen Atatürk-Staates – im Wesentlichen das Militär, die Justiz und ein großer Teil der Bürokratie. Die junge Partei suchte daher nach Verbündeten: innerhalb des Landes bei den Liberalen und Linksliberalen, die schon lange gegen das Militär gekämpft hatten – international bei der EU, der gegenüber die AKP einen demokratischen Aufbruch gegen die vom Militär gesteuerte „Demokratur“ versprach.

Dies waren die Jahre des Aufbruchs, in der die alten repressiven Institutionen zurückgedrängt wurden, ohne